



DIE LINKE. PIRATEN

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

RATS Kompass

AUSGABE #2|2018

Teures Wohnen: Die Mieten steigen und steigen. Bald muss die Hälfte aller Haushalte in Hannover mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens allein für die Kaltmiete aufbringen. Zugleich belegt die Landeshauptstadt beim Bau neuer Wohnungen den drittletzten Platz unter deutschen Großstädten ...

↳ Seite 3

Dürftiges Konzept: Das künftige Wasserstadt-Wohngebiet soll lediglich mit einer Buslinie an den Öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden. Mehr sehen die Planungen der Region Hannover für die bis zu 3.500 neuen Bewohner nicht vor ...

↳ Seite 5

Dicke Luft: Bis heute hat Hannover nicht geschafft, den vor 20 Jahren von der Europäischen Union festgelegten Grenzwert für das gesundheitsschädliche Stickstoffdioxid einzuhalten. Jetzt drohen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ...

↳ Seite 6

Kaputtes Sparen: Die Stadtverwaltung betreibt mit politischer Zustimmung von SPD, Grünen und FDP die Schließung von Horten. Damit wird nicht nur die im Schulgesetz verankerte Wahlmöglichkeit ausgehebelt ...

↳ Seite 8

Basisnahe Bezirksratsmitglieder: Mit zahlreichen Anfragen kontrollieren LINKE wie PIRATEN das Verwaltungshandeln in den Stadtteilen, mit Anträgen korrigieren sie mangelhafte Planungen oder schaffen Raum für innovative Ideen ...

↳ Seiten 9 bis 11



Liebe Leserin, lieber Leser,

in den vergangenen Monaten hat der Rat der Landeshauptstadt Entscheidungen getroffen, die das Leben vieler Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Oder Rat und Stadt schauen an Stellen weg, wo sie dringend etwas tun müssten. Grund genug für uns, eine neue Ausgabe des RATSKOMPASS herauszugeben.

Die Stadt tut zu wenig gegen Luftverschmutzung und sieht sich deshalb einer Klage der Deutschen Umwelthilfe ausgesetzt. Auf einer Veranstaltung der Ratsgruppe zum Thema las Dr. Axel Friedrich, ehemaliger Abteilungsleiter „Umwelt, Verkehr und Lärm“ im Umweltbundesamt, der Umwelt- und Wirtschaftsdezernentin Sabine Tegtmeyer-Dette (Grüne) die Leviten. Lesen Sie dazu unseren Bericht.

In einem Interview wirft Frank Willig, Vorstandsvorsitzender bei Arminia Hannover, einen Blick auf die Sportpolitik in der Landeshauptstadt. Er sagt, an welchen Stellen den Vereinen der Schuh drückt und wie die Stadt mehr als bisher helfen könnte.

Beim Bau neuer Wohnungen belegt Hannover den drittletzten Platz unter deutschen Großstädten. Auch der Bau von Sozialwohnungen hinkt den Plänen weit hinterher. Gleichzeitig schießen die Mieten immer weiter nach oben. Unsere Ratsgruppe fordert eine Wohnungsbauinitiative, die ihren Namen auch verdient. Ein Beitrag nennt Zahlen, Daten, Fakten.

Hannover hat den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2018 erhalten, weil Aufträge nur an Unternehmen gehen, die soziale und ökologische Mindeststandards einhalten. Trotzdem profitieren auch Firmen von städtischen Aufträgen, welche die Beschäftigten gnadenlos ausbeuten und die Umwelt verpesten. Ein Artikel erläutert die Hintergründe.

Ein anderer Beitrag enthüllt, dass Hannovers einziger Biobauernhof schließen muss, weil sich die Stadt weigert, dem Inhaber Ersatzackerland für entzogene Flächen zur Verfügung zu stellen. Beiträge zur Arbeit in den Stadtbezirksräten runden die Berichterstattung ab.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Übergang in die dunklere Jahreszeit und eine interessante Lektüre.

Ihre

Brigitte Falke
stellv. Gruppenvorsitzende
LINKE & PIRATEN
im Rat der Landeshauptstadt

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Gruppe DIE LINKE & PIRATEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Schmiedestraße 39, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 326 00, Fax: /-326 08
Email: linke.piraten@hannover-rat.de

Redaktion:

Michael Fleischmann
Hendrik de Boer
V.i.S.d.P.: Dirk Mächentanz

Hannover belegt beim Bau neuer Wohnungen drittletzten Platz unter Großstädten

Mieten schießen immer weiter nach oben



„Es werden in Hannover nicht nur viel zu wenige neue Wohnungen gebaut. Diese gehen auch meist am Bedarf von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen vorbei, weil sie die hohen Mieten nicht bezahlen können. Eine Wohnungsbauintiative, die ihren Namen auch verdient, ist das Gebot der Stunde!“

Dirk Machentanz (LINKE),
Vorsitzender und
Baupolitiker der Ratsgruppe

Nach Erhebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) spitzt sich die Lage auf dem hannoverschen Wohnungsmarkt immer mehr zu. Fast 44 Prozent aller Haushalte in der Landeshauptstadt müssen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens allein für die Kaltmiete aufbringen. Die Mietpreise für mittelgroße Wohnungen zwischen 60 und 100 Quadratmetern sind nach DGB-Angaben zwischen 2011 und 2016 um bis zu 50 Prozent gestiegen. Laut immowelt.de sind in Hannover für neu vermietete kleine Wohnungen bis 40 Quadratmeter mittlerweile mehr als 10 Euro pro Quadratmeter zu berappen.

Gleichzeitig musste der Oberbürgermeister im „Lagebericht zur Stadtentwicklung 2017“ einräumen, dass die Landeshauptstadt beim Bau neuer Wohnungen im bundesweiten Großstädtevergleich den drittletzten Platz belegt. Dem Bericht zufolge sind im Jahr 2016 nur 867 neue Wohnungen gebaut worden, geplant waren 1.000 Wohnungen. Benötigt werden sogar bis zu 3.000 neue Wohnungen pro Jahr. Unbefriedigend ist auch die Bilanz bei den Sozialwohnungen, von denen laut Plänen der Stadt bis 2020 etwa 1.200 bezugsfertig sein sollen. Pro Jahr müssen danach 300 neue Wohnungen entstehen. Zwischen Anfang 2017 und Anfang 2018 hat die Stadt aber nur 115 Sozialwohnungen bauen lassen. Selbst wenn die Stadt ihr Ziel von 1.200 neuen Sozialwohnungen bis 2020 noch erreichen sollte, wird sich angesichts kontinuierlich auslaufender Sozialbindungen nichts am Mangel an Sozialwohnungen in Hannover ändern.

Starke Wohnungsbauintiative gefordert

„Fast zwei Jahre nach Unterzeichnung der städtischen ‚Wohnungsbauoffensive 2016‘ kann von einer Entlastung des hannoverschen Wohnungsmarktes keine Rede sein“, muss Dirk Machentanz, Gruppenvorsitzender von LINKEN & PIRATEN, feststellen. Die Ratsgruppe fordert seit längerem eine Wohnungsbauintiative, die ihren Namen auch verdient, und hat dafür mehrere Anträge in den Rat eingebracht. Das Ziel: Das Angebot an Mietwohnungen insgesamt verbessern und perspektivisch auch den preistreibenden Druck aus dem Mietwohnungsmarkt nehmen. Damit die kommunale Wohnungsbaugesellschaft hanova deutlich mehr Wohnungen bauen kann, soll sie laut Gruppenantrag eine Kapitalspritze erhalten. Die Stadt soll mit der Sparkasse Hannover über eine Erhöhung des Eigenkapitals beim kommunalen Wohnungsunternehmen verhandeln. Die anderen Parteien



Hannover - von den ersten Plätzen ganz weit weg.

lehnten den Antrag im Bauausschuss ab.

In Neubaugebieten fordert die Ratsgruppe mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen. Davon sollen die Hälfte Belegrechtswohnungen sein. LINKE & PIRATEN reagieren mit diesem Antrag auch auf die dramatische Unterversorgung mit Belegrechtswohnungen. Nach bisher unbestätigten Berichten sollen mittlerweile rund die Hälfte der hannoverschen Mieterinnen und Mieter Anspruch auf eine solche Wohnung haben. Bei den Belegrechtswohnungen ist im vergangenen Jahr nach Auskunft der Verwaltung ein Aderlass um rund 260 Wohnungen zu beklagen.

Derzeit hat die Stadt insgesamt rund 19.000 Belegrechte. Diese entstehen entweder durch monatliche Mietzuschüsse an die Eigentümer, um die Mieten auf einem bestimmten Niveau zu halten. Oder es handelt sich um einmalige Zuwendungen, die dann über einen Zeitraum von 20 oder 30 Jahren quasi abgewohnt werden. Bei den Mietzuschüssen zahlt die Stadt derzeit Beträge von 33 Cent bis 1,50 Euro pro Monat und Quadratmeter. Dirk Machentanz fordert, diesen Betrag zu erhöhen, um mehr Hausbesitzer dazu zu bewegen, entsprechende Wohnungen anzubieten. Wegen der starken Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist das Interesse an Belegrechtswohnungen bei vielen Vermieterinnen und Vermietern allerdings gering.

„Erfolgsmodell HannoverAktivPass weiter verbessern und endlich ausweiten!“



„Die Stadt muss den erfolgreichen AktivPass auch an Geringverdienerinnen und Geringverdiener ausgeben und endlich um lebensnotwendige Dinge wie Sozialtarife für Strom und Gas erweitern. Die Rabattkarte muss außerdem umgehend an neue Anspruchsberechtigte verschickt werden, damit auch sie davon profitieren können.“

Veli Yildirim (LINKE), sozialpolitischer Sprecher der Ratsgruppe

AktivPass im Rathaus oder Bürgeramt ab. Die Ratsgruppe fordert, ihn zusammen mit dem Bescheid der Behörde zu verschicken. So wird das schon heute mit der Berechtigtenkarte fürs Sozialticket, der Region-S-Karte, gemacht. Nur dann können Anspruchsberechtigte den AktivPass umgehend nutzen. Gleichzeitig würden auch diejenigen davon profitieren, die nur kurzzeitig arbeitslos geworden und in dieser Zeit auf Hartz IV angewiesen sind. Sie gehen bisher meist komplett leer aus, weil sie oft bis zum Folgejahr wieder einen Job haben. Anspruchsberechtigt sind Menschen mit schmalen Geldbeutel, die Hartz IV, Grundsicherung, Wohngeld oder Sozialhilfe beziehen. Auch Arme sollen so am kulturellen Leben in Hannover teilnehmen können. Die Anspruchsberechtigten nutzen vor allem die städtischen Bäder. Beliebt sind auch Ermäßigungen bei Theaterbesuchen, Hannover 96 oder Sea Life.

Der HannoverAktivPass ist grundsätzlich das richtige Mittel, um allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Landeshauptstadt eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“, sagt Veli Yildirim. „Aber er ist nicht ausreichend.“ Das gelte einerseits für den Personenkreis, der den AktivPass erhält. Dieser Berechtigtenkreis ist aus Sicht der Ratsgruppe verglichen mit anderen Großstädten immer noch zu eng gefasst. Menschen mit geringem Verdienst gehen bisher leer aus.

„Auch Beschäftigte, die zu Armutslöhnen rackern müssen, sollen die Rabattkarte

erhalten“, fordert der Sozialpolitiker. Sie haben zwar mehr als Hartz IV, sind aber gezwungen, mit einem monatlichen Einkommen unterhalb der Armutsschwelle auszukommen. Diese lag für eine allein lebende Person im Einkommensbezugsjahr 2016 bei 1.064 Euro monatlich. Als arm gelten danach Bürgerinnen und Bürger, die mit weniger Geld auskommen müssen.

Auch die Ermäßigungen seien bisher nicht ausreichend, bemängelt Yildirim. Insgesamt konzentriert sich das Angebot des AktivPasses noch zu sehr auf die Bereiche Sport, Kultur und Freizeit. Lebenswichtige Dinge wie Strom und Gas bleiben weiter außen vor. „Diese sollten aber Priorität haben“, betont er. „Wir fordern weiterhin auch Sozialtarife für Strom und Gas.“ Das vermeintliche Gegenargument der anderen Parteien im Rat, hierfür sei nicht die Stadt, sondern die Bundesregierung zuständig, lässt er nicht gelten. „Hier geht es um die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt, und für sie ist sehr wohl auch der Rat zuständig.“ Yildirim verweist in diesem Zusammenhang auf die immer noch vielen Stromsperrungen durch die Stadtwerke. Davon betroffen sind nicht nur Arbeitslose, sondern auch Geringverdienende, Rentnerinnen und Rentner oder Studierende. Schließlich fordert die Ratsgruppe, in den AktivPass ein stark verbilligtes Sozialticket für Busse und Bahnen einzubinden, damit die Anspruchsberechtigten alle ermäßigten Leistungen aus einer Hand erhalten. Die bisherige Region-S-Karte würde dann entfallen.

Der auf Druck der Linksfraktion 2009 in Hannover eingeführte AktivPass für Menschen mit wenig Geld wird immer beliebter. Nach den bisher letzten veröffentlichten Zahlen der Stadt wurde die Rabattkarte vor zwei Jahren fast 90.000-mal vorgelegt, etwa um Ermäßigungen beim Schwimmbadeintritt oder Theaterbesuch in Anspruch zu nehmen. Drei Jahre zuvor war der Pass nur 75.000-mal vorgezeigt worden. Bisher unbestätigten Berichten zufolge haben sich die Nutzungszahlen auch im vergangenen Jahr weiter erhöht. „Die Stadt muss die Zahlen jedes Jahr veröffentlichen“, fordert Veli Yildirim (LINKE), Sozialpolitiker der Ratsgruppe.

Die Stadtverwaltung versendet die Rabattkarte jährlich an rund 100.000 Hannoveranerinnen und Hannoveraner. Wird jemand anspruchsberechtigt, muss sie oder er aber bis zum Folgejahr warten, bis der Pass zugeschickt wird. Meist aus Unkenntnis holt sich kaum jemand den

Mittendrin statt außen vor!
Der Region Hannover Pass

Lebte Bürgerinnen und Bürger

Hannover im eine tolle Stadt, das steht außer Frage. Das soziale und kulturelle Angebot kann sich mit anderen Städten messen lassen. Jedoch können sich nicht mehr alle Einwohnerinnen und Einwohner von diesem Angebot ausreichend Gebrauch machen.

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat in unterschiedliche Weise vor Augen geführt, dass auch in Han- nover ein großer Teil der Bevölkerung in Armut oder in einer prekären Situation lebt. Dies hat der Bericht die zentrale gesellschaftliche Proble- matik in der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt. Die Frage nach Zugehörigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft wird die zentrale Aus- gangspunkt der nächsten Jahre und verdient auch besondere Beachtung. Im Mittelpunkt wird die Frage stehen, ob man es hinbekommt, dass gerade die in der Gesellschaft nicht mehr am besten der Bundes- republik teilhaben sollen, oder ob die Gesellschaft tatsächlich alle ihre Mitglieder miteinbezieht und integriert.

Der Armuts- und Reichtumsbericht dokumentiert das Versagen der Politik der vergangenen Jahre. Besonders erschreckend ist dabei, dass gerade in der Zeit einer rot-grünen Bun- desregierung, von der sich die Menschen eine soziale Poli- tik erhofft hatten, die Armut in Deutschland zunehmend ge- wachsen ist. Nicht eine konse- quente, CDU geführte Regie- rung hat die Politik der vergan- genen Jahre vollständig ge- wendet, sondern SPD und Grüne. Der Bericht zeigt ungeklärt die Folgen geringen Sozialniveaus in Deutschland.

Die Reallohn sinkt von 2002 bis 2005 um 1 Prozent. Inzwischen, nach sei- en Drittel aller Beschäftigten arbeitslos

Wer soll den Region Hannover Pass erhalten?

2005 im Bericht der Bundesregierung Die Einkommensschwelle geht immer weiter auswärts, eine Sozialtransfers würde heute bereits jeder vierte Deutsche unterhalb der Armutsgrenze leben. Das trifft auch kleine Gewerbetreibende, denen auf grund ihrer kleinen Einkommen die Beschäftigung nicht reicht.

Armut hat mittlerweile länger Teile der Gesellschaft erreicht, für die es in der Vergangen- heit eigentlich nie ein Thema war. Der Lebensstandard von Menschen in Deutschland sinkt. Gerade für die Mittel- schicht ist das eine bittere Erkenntnis, denn für diese Menschen ist die Angst vor Armut eine noch größere Belastung als für jene, die ohnehin immer am unteren Ende der Gesellschaft gehet haben. Die Verknüpfung der Nachkriegsgeneration, dass es der nächsten Generation erwerbs- los gehen würde, ist mittlerweile der Belastung durch den sozialen Ab- stieg gleich.

Ist der Region Hannover Pass machbar?

Grundsätzlich oder die Möglichkeit im Sportverein zu einer gegenüber- ständiger Ermäßigungen. Nachtrag: Die Region Hannover Pass soll diese Situation künftig ändern. Alle Einwohnerinnen und Einwohner, die zu wenig oder wenig Geld haben, sollten in unserer Stadt. Alle Bürgerinnen und Bürger in Hannover haben ein Recht darauf, am Leben der Stadt teilzuhaben.

Was soll der Region Hannover Pass berechtigen?

Der Schwerpunkt des Region Han- nover Pass liegt auf gesellschaftlicher Teilhabe, Mobilität, Kultur und Sport, vor allem aber auf der Unterstützung von Kindern. Zu einem Sozialpass, der diesen Namen auch verdient, gehören aus unserer Sicht:

- ein Sozialticket für Busse und Bahnen zu einem Preis, der sich am Preisaufschlag von Hartz IV in Höhe von 16,05 Euro für Verkehrs- Ausgaben orientiert;
- Sozialtarife bei Strom und Gas;
- ein ausreichender Betrag zum Erwerb von Schulmateria- lien;
- kostenlose Mitbenutzung von Kindertagesstätten und Schula- rbeitsmittel Bibliotheken- und Büchereien;
- ermäßigter Eintritt in den Zoo Hannover und Freer Eintritt für alle Kinder aus der Region Hannover;
- ein festgelegtes Kulturkontingent für ermäßigten Karten für Oper und Theater;
- ermäßigter Konsum für Kinder der freien Gewerkschaften;
- ermäßigter Mitgliedsbeitrag in Sportvereinen;
- freier Eintritt in die Gärten und Parks der Stadt Hannover (z.B. Herrenchloster Gärten, Bergpark);
- Ermäßigungen bei Kursen der Volkshochschule und anderen Bil- dungseinrichtungen.

Mittendrin statt außen vor!

DIE LINKE.
Einkommen in der Region Hannover

Flyer von 2009 für den HannoverAktivPass - Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass alle den HannoverAktivPass bekommen, den sie benötigen.

Limmer: „Geplante Wasserstadt attraktiv an Nahverkehr anbinden!“

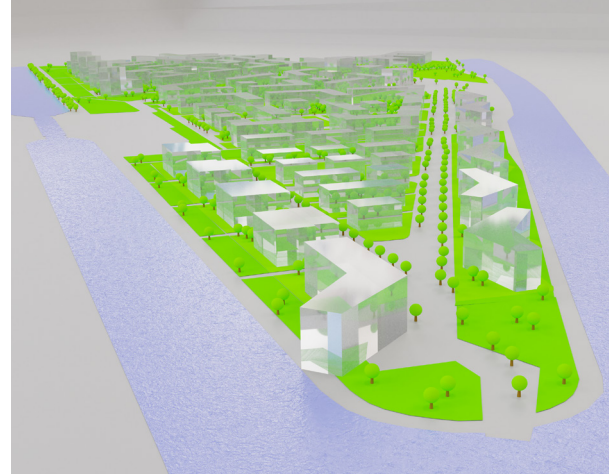


Owohl in der geplanten Wasserstadt auf dem ehemaligen Conti-Gelände in Limmer zwischen 1.600 und 1.800 Wohnungen entstehen sollen, will die Region Hannover als zuständige Behörde bisher von einem Stadtbahnanschluss oder einem vergleichbar attraktiven Nahverkehrsangebot nichts wissen. Sie will nur einen Bus fahren lassen, der die Bewohnerinnen und Bewohner in die City bringt. Rechnerisch

sei eine Nachfrage von 40 Fahrgästen pro Stunde ermittelt worden, was für eine Stadtbahn zu wenig sei, argumentiert die Region.

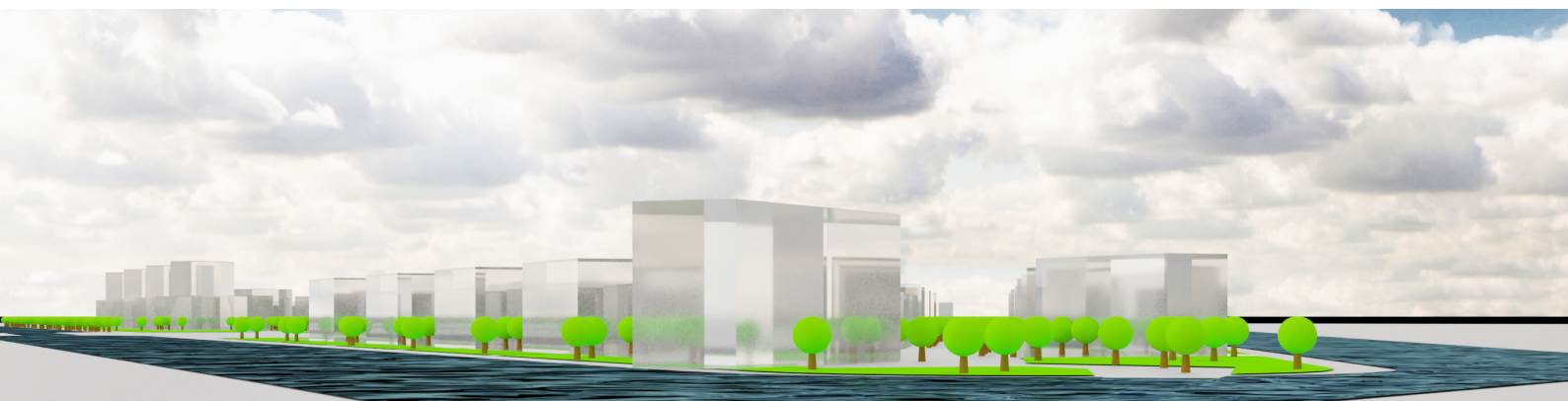
Die Ratsgruppe LINKE & PIRATEN kritisiert die Festlegung auf eine Busverbindung. „Wer die Verkehrswende in Hannover voranbringen will, darf bei einem so großen Baugebiet keine Pfennigfuchserie betreiben“, sagt Vorsitzender Dirk Machentanz (LINKE). „In eine Stadtbahn steigen viel mehr Fahrgäste ein als in einen Bus.“ Der Kommunalpolitiker begrüßt in diesem Zusammenhang die Idee, die Stadtbahnlinie 10 über Velber nach Seelze-Süd zu führen, um so zusätzliche Neubaugebiete zu erschließen, die weitere Fahrgäste bringen. „Seelze ist jetzt schon eine stark wachsende Stadt, die auch in Zukunft neue Wohngebiete ausweisen wird und auf eine bessere Nahverkehrsverbindung angewiesen ist“, betont Machentanz. „Denkbar wäre auch, benachbarte Stadtviertel wie Davenstedt und Dörfer wie Lenthe und Harenberg einzubeziehen. In Velber und Davenstedt wird immer wieder diskutiert, wie man die Orte ans Stadtbahnnetz anschließen kann.“

Gruppenvize Bruno Adam Wolf (PIRATEN) bringt eine andere Variante ins Spiel. Er regt selbstfahrende Kleinfahrzeuge mit vier oder mehr Sitzplätzen an. Diese könnten die Fahrgäste im 10-Minuten-Stadtbahntakt von der Wasserstadt in einem Tunnel unter oder über eine Brücke via Wunstorfer Straße zur Stadtbahnhaltestelle Brunnenstraße fahren, erläutert er. Das sei nicht nur kostengünstig umsetzbar. Hannover könne so auch bundesweit eine Vorreiterrolle bei neuen Technologien im Öffentlichen Nahverkehr einnehmen, betont der Umweltpolitiker.



Verkehrskonzept überfällig

Die Ratsgruppe LINKE & PIRATEN fordert erneut, gemeinsam mit den Anliegerinnen und Anliegern ein Verkehrskonzept für das Neubaugebiet zwischen Leineabstiegskanal und Stichkanal Linden und den Stadtteil zu erstellen. Das versprochen Ampelbündnis und Stadtverwaltung der Bürgerinitiative Limmer, nachdem die Ratsgruppe einen entsprechenden Antrag gestellt hatte. „Die Straßen in Limmer dürfen nicht durch noch mehr Autos belastet werden“, mahnt Dirk Machentanz. Schon heute führt der Durchgangsverkehr auf der Wunstorfer Straße, es handelt sich um die Bundesstraße 441, und der Zimmermannstraße zu erheblichen Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner - und zu Staus an der Auffahrt auf den Westschnellweg. Wenn nichts passiert, werden sich die Probleme durch den Bevölkerungszug verschärfen. Die Entlastung der Wunstorfer Straße könne durch die Umwidmung zur Gemeindestraße geschehen, sagt Bruno Adam Wolf. „Dann kann die Stadt den Verkehr mit geeigneten Maßnahmen beruhigen.“



Stadt tut zu wenig gegen Luftverschmutzung: „Das sind alles nur symbolische Maßnahmen“

Hannovers Luft - grenzwertig und gefährlich?

Über Wege zur nachhaltigen Verringerung der Luftbelastung mit Schadstoffen

Diskussionsveranstaltung mit:

Dr. Axel Friedrich
ehemals Abteilungsleiter „Umwelt, Verkehr, Lärm“
im Umweltbundesamt, heute freier Umweltberater

Sabine Tegtmeyer-Dette
Erste Stadträtin sowie Wirtschafts- und Umwelt-
dezernentin der Landeshauptstadt Hannover

WANN UND WO:

Freitag, 10. August 2018, 17:00 Uhr
Neues Rathaus, Gobelinsaal
Trammplatz 2, 30159 Hannover



Unter dem Motto „Hannovers Luft – grenzwertig und gefährlich?“ diskutierten auf Einladung der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN Axel Friedrich, ehemaliger Abteilungsleiter „Umwelt, Verkehr, und Lärm“ im Umweltbundesamt, und Umwelt- und Wirtschaftsdezernentin Sabine Tegtmeyer-Dette (Grüne), wie man die Schadstoffe in Hannover verringern kann. „Ich bin von der großen Resonanz positiv überrascht“, sagte Malte Kreuzfeldt, Parlamentskorrespondent für Wirtschaft und Umwelt der taz, die tageszeitung aus Berlin, der die Veranstaltung am 10. August 2018 im übervollen Gobelinsaal moderierte. Der Anlass: Die Landeshauptstadt hat es bis heute nicht geschafft, den EU-Grenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft einzuhalten. Der Grenzwert wurde von der Europäischen Union schon vor 20 Jahren festgelegt. Im vergangenen Jahr lag der Jahresmittelwert bei 44 Mikrogramm. Die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) hat deshalb Klage gegen die Stadt eingereicht, beraten durch Axel Friedrich. Die DUH strengte ähnliche Klagen schon in anderen Städten an. „Wir haben bisher alle Prozesse gewonnen“, sagte Friedrich, der die fachlichen Einschätzungen für die Prozesse schreibt. Spätestens nach dem Urteil

Jahresende einhalten, notfalls auch mit Fahrverboten. Für jeden sei der Schutz seiner Gesundheit und seines Lebens im Grundgesetz garantiert, urteilte das Gericht. Die Städte könnten jetzt nicht mehr so tun, als sei der Gesundheitsschutz gegen die Verkehrslage abwägbar, unterstrich Friedrich. Nach Berechnungen der Europäischen Umweltagentur sterben in Deutschland jedes Jahr 80.000 Menschen vorzeitig durch Luftverschmutzung. Kinder, Ältere und Kranke sind besonders gefährdet. Schon ab einer Konzentration von 20 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft trügen Schwangere Gesundheitsschäden davon, wusste Friedrich zu berichten.

Fahrverbote seien nur das letzte Mittel, sagte Sabine Tegtmeyer-Dette, wenn andere Maßnahmen nicht zum Ziel führten. Gleichwohl werde derzeit die Sperrung von Straßen geprüft. Besonders belastet seien die Friedrich-Ebert-Straße und die Marienstraße. Sie verwahrte sich gegen den Vorwurf, die Stadt habe bisher nichts

des Bundesverwaltungsgerichts gebe es keinen Grund mehr, Maßnahmen zur Begrenzung des Autoverkehrs nicht umzusetzen, betonte er.

Laut Gerichtsspruch muss die Stadt den Grenzwert für NO₂ bis

gemacht und nannte Durchfahrverbote für Lastwagen und Tempo 40 auf „bestimmten Straßen“. Man habe sich für den Modellversuch des Landes mit Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen beworben, sagte sie. Die Stadt setzt darüber hinaus auf Umweltzonen, die Beschaffung schadstoffarmer Fahrzeuge für den städtischen Fuhrpark, den Ausbau der Elektromobilität und urbane Logistik, um den Lieferverkehr zu verringern.

„Stadt muss Autofahren unattraktiv machen“

Das sind alles nur symbolische Maßnahmen“, kritisierte Axel Friedrich. Die Sperrung einzelner Straßen führe nur zur Verlagerung des Verkehrs in andere Straßen.

Zonenlösungen wie die Sperrung der Innenstadt seien erforderlich. Generell müsse die Stadt das Autofahren unattraktiv machen, betonte der Umweltberater und verwies in diesem Zusammenhang auf Berlin. „Dort werden jedes Jahr Parkplätze in der Innenstadt abgebaut – eine der effizientesten und wichtigsten Maßnahmen, um den Autoverkehr zu verringern“, erläuterte er. Die Zahl der Fahrspuren auf den Straßen werde reduziert. Beides könne auch in Hannover geschehen.

„Wenn man keine Fahrverbote will, kommt man um Pfortnerampeln und den Abbau von Parkplätzen und Fahrspuren nicht umhin. Wir haben bisher alle Prozesse gewonnen.“

Dr. Axel Friedrich war früher Abteilungsleiter beim Umweltbundesamt für den Bereich „Umwelt, Verkehr und Lärm“. Der Chemiker ist heute freier Umweltberater, u.a. für die Deutsche Umwelthilfe, die Hannover wegen zu hoher Stickstoffdioxid-Konzentrationen verklagt hat.

Als Negativbeispiel nannte Friedrich die sechsspürige Straße vorm Neuen Rathaus, die das Autofahren durch Gas geben attraktiv mache. Anzuraten seien auch „Pfortnerampeln“ an den Stadträndern, die auf Rot gestellt Autoverkehr aus der Stadt halten. „Die haben wir in Frankfurt durchgesetzt“, berichtete er. Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen, ein stark verbilligtes Bürgerticket für Busse und Bahnen und der Ausbau des Radverkehrs seien



„Den Vorwurf, wir haben nichts gemacht, möchte ich nicht im Raum stehen lassen. Wir haben 2007 unseren Luftreinhalteplan aufgestellt und seitdem viele Maßnahmen umgesetzt.“

Sabine Tegtmeyer-Dette (Grüne), Umwelt- und Wirtschafts-Dezernentin

weitere Bausteine für die Verkehrswende. In der dänischen Hauptstadt Kopenhagen etwa werde deutlich mehr Geld für den Ausbau des Radverkehrs ausgegeben als in deutschen Großstädten.

In Hannover und anderen deutschen Städten werde „eine zögerliche Politik betrieben mit einer tiefen Verbeugung vor der skandalbehafteten Automobilindustrie“, kritisierte Umweltpolitiker Bruno Adam Wolf (PIRATEN). Die Verantwortlichen im hannoverschen Rathaus sollten

sich an anderen europäischen Städten ein Beispiel nehmen, die das Problem mit dem Autoverkehr „längst in den Griff bekommen haben“. Neben Kopenhagen nannte er u.a. Barcelona und Tallin. Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE) forderte, die Innenstadt für Autos mit Verbrennungsmotor zu sperren. Gemeinsam kündigten Machentanz und Wolf einen Antrag der Ratsgruppe zur Einführung eines Bürgertickets für Hannover an.

„Auch Firmen, die soziale und ökologische Mindeststandards unterlaufen, profitieren von städtischen Aufträgen“



„Bei der Vergabe städtischer Aufträge müssen nicht nur für das Endprodukt, sondern für die gesamte Wertschöpfungskette soziale und ökologische Mindeststandards gelten.“

Brigitte Falke (LINKE), wirtschafts- und finanzpolitische Sprecherin der Ratsgruppe

Situation der Beschäftigten in den Unternehmen und Umweltaspekte spielen eine Rolle. So kauft die Stadt Textilien für die Gebäudereinigung nur von Herstellern, welche die Beschäftigten nach Tarif bezahlen und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Zu diesen sozialen Mindeststandards zählen das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie von Diskriminierung, gleiches Entgelt oder das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und vertreten zu lassen. Auch ökologische Kriterien wie eine umweltgerechte Abfallentsorgung werden bei der Auftragsvergabe berücksichtigt.

„Wir sehen trotzdem noch Luft nach oben“, betont Wirtschaftspolitikerin Brigitte Falke (LINKE). „Auch Firmen, die soziale und ökologische Mindeststandards unterlaufen, profitieren von städtischen Aufträgen.“ Bürogeräte etwa, welche die Stadt für die Verwaltung besorgt, kommen zwar von europäischen Herstellern. Dort spielten soziale Mindeststandards wegen des höheren Qualifikationsniveaus der Belegschaft keine Rolle, begründet die Stadt den Verzicht auf soziale Kriterien bei der Ausschreibung. LINKE & PIRATEN mahnen aber, auch die langen Wertschöpfungsketten bei solchen Produkten im Auge zu haben. Seltene Me-

talle und andere Rohstoffe für die Elektronik in Bürogeräten stammen oft aus Bergwerken in Afrika oder Asien, in denen zum Teil sklavenähnliche Arbeitsbedingungen herrschen – Kinderarbeit inklusive. Immer wieder tauchen entsprechende Berichte in den Medien auf. Hinzu kommen oft verheerende gesundheitliche Folgen und negative Auswirkungen auf die Umwelt, die mit dem Abbau der Rohstoffe vor Ort einhergehen. „Auch die Arbeitsbedingungen in den Werken, in denen die Platinen mit elektronischen Bauteilen bestückt werden, bevor sie in Europa in die Endgeräte eingebaut werden, müssen eine Rolle bei der Vergabe städtischer Aufträge spielen“, fordert Brigitte Falke. „Für die gesamte Wertschöpfungskette müssen soziale und ökologische Mindeststandards gelten.“

Die linke Ratsfrau hat auch Defizite bei der Vergabe lokaler Dienstleistungen ausgemacht. Bei der Ausschreibung des Auftrages zur Verteilung der Post aus dem Rathaus hat die Landeshauptstadt auf ökologische Kriterien verzichtet. „Warum?“, fragt Falke. Sie schlägt u.a. vor, im Zuge der Verkehrswende von den Unternehmen den Einsatz von mindestens 30 Prozent Elektrofahrzeugen, etwa Elektrolastenfahrrädern, zu fordern.

Hannover hat den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2018 erhalten. Die gleichnamige Stiftung würdigt damit, dass die Landeshauptstadt beim Einkauf und der Vergabe von Aufträgen soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt. Nicht allein Kosten und Qualität der Produkte und Dienstleistungen sollen stimmen. Auch die

Hannover spart Horte kaputt



„Die Kinder kommen in den Horten mit anderen Kindern unterschiedlichster Herkunft zusammen. Das hilft später gegen einseitige, dumpfe Weltbilder. Die Stadt darf die Horte nicht kaputtsparen!“

Bruno Adam Wolf
(PIRATEN),
stellv. Vorsitzender und
Bildungspolitiker
der Ratsgruppe

Seit geraumer Zeit spart die Stadt mit Zustimmung des Ampelbündnisses aus SPD, Grünen und FDP bei den Horten. Nach Angaben der Verwaltung beträgt die Kürzungssumme allein in diesem Jahr acht Millionen Euro. Freie Stellen werden nicht wiederbesetzt, es droht die Schließung von Einrichtungen. Die Gruppe LINKE & PIRATEN kritisiert dieses Kaputtsparen im Bildungsbereich. Den Eltern werde so nicht nur die im Schulgesetz verankerte Wahlmöglichkeit genommen, ihre Kinder nachmittags in der Grundschule betreuen zu lassen oder in einen Hort zu schicken, sagt Gruppenvize Bruno Adam Wolf (PIRATEN). Der bildungspolitische Sprecher verweist auf wichtige soziale und kulturelle Funktionen, welche Horte gerade in Zeiten wachsender Fremdenfeindlichkeit erfüllen. Die Kinder kommen dort mit anderen Kindern verschiedener sozialer und kultureller Herkunft zusammen. Toleranz gegenüber Andersdenkenden, anders aussehenden und anders agierenden Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen und sozialen Schichten werde so von früh an eingeübt, betont Wolf. „Diese Erfahrungen helfen

später gegen einseitige, dumpfe Weltbilder.“ So sei etwa der Hort im Von-Alten-Garten in Linden ein typischer Treffpunkt für Kinder unterschiedlichster Herkunft aus den nahe gelegenen Wohnvierteln, nennt er ein Beispiel.

In Ganztagsgrundschulen dagegen sind die Kinder den kompletten Tag unter sich. Durch die gleiche Umgebung, die gleichen Räume und manchmal auch dasselbe Lehrpersonal sei die Trennung zwischen Schule und Freizeit nicht mehr gegeben, erläutert Wolf. Den Kindern entgingen so wichtige Erfahrungen. Die Nachmittagsbetreuung dürfe man deshalb nicht allein den Grundschulen überlassen. „Auch wenn die Nutzerzahlen in den Horten etwas rückläufig sind, muss die Stadt dieses wichtige Bildungsangebot mit entsprechender Personalausstattung erhalten“, fordert er. Verteufeln will er das Nachmittagsangebot der Grundschulen aber nicht, von dem vor allem Kinder aus Nicht-Akademiker- und Einwanderer-Familien profitierten.

Hannovers einziger Biohof macht dicht



„Es ist unglaublich, dass die Stadt dem Kronsberghof die wirtschaftliche Grundlage entzieht.“

Andre Zingler (LINKE),
Ratsherr

Hannovers einziger Biobauernhof, der Kronsberghof, wird seine Pforten schließen. Der Inhaber will den Demeter-Betrieb abgeben, findet aber keinen Pächter. Die Stadt hatte ihm zuvor für das geplante große Wohngebiet am Kronsberg zwölf Hektar Land entzogen, ohne ihm als Ausgleich eine andere Ackerfläche zur Verfügung zu stellen. Da der Bauernhof bisher schon kaum Geld abgeworfen hat, lässt sich er sich nun nicht mehr wirtschaftlich betreiben. „Dass die Stadt dem Biobauern keine Ausgleichsfläche angeboten hat, ist ein Armutszeugnis“, kritisiert Ratsherr Andre Zingler (LINKE). Er erinnert die Stadt an ihr Agrikulturprogramm. Danach sollen regionale Bauernhöfe gefördert werden. Das Verhalten der Stadt sei umso unverständlicher, weil die hohe Nachfrage nach Bio-Produkten nicht von heimischen Landwirten gedeckt werden könne, mahnt Zingler.

Viele Produkte müssten importiert werden. „Jeder Biohof muss bei uns eine Zukunft haben, und es braucht mehr Biohöfe!“ Das aktuell größte Neubaugebiet Niedersachsens soll am Kronsberg entstehen. Angrenzend an die vorhandene Bebauung sind in Richtung Süden rund 3.500 Wohnungen für 7.000 bis 8.000 Menschen geplant.



Bild: Günter Havlena / pixelio.de

Buchholz-Kleefeld: Schulen brauchen schnellere Internetzugänge



Digitale Anwendung von gestern.

Das digitale Lernen an Schulen beschäftigt derzeit die Politik im Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld. Es geht um schnellere Internetzugänge und den Ausbau der

Netzwerktechnik an den Schulen, damit ein störungsfreier Betrieb sichergestellt wird. Die Ampelmehrheit aus SPD, Grünen und FDP will der IGS Roderbruch einen Breitbandanschluss von mindestens 400 Megabit pro Sekunde zur Verfügung zu stellen. Bisher muss sich die Schule mit 50 Megabit begnügen – viel zu wenig für die fast 2.000 Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte. Auch soll die Stadt laut Ampelantrag die Vernetzung der IGS-Gebäude untereinander, vorzugsweise durch den Ausbau von WLAN-Netzen, verbessern. Bisher fehlt etwa eine digitale Verbindung zwischen Schule und Sporthalle.

„Warum nur die IGS Roderbruch?“, fragt PIRATEN-Bezirksratsherr Chris Carlson. Gemeinsam mit der Linksfraktion im Stadtbezirksrat hat er einen Antrag eingebracht, wonach alle öffentlichen Schulen im Stadtbezirk von schnellen Breitbandanschlüssen und ausgebauten Schulnetzwerken profitieren sollen. „Auch alle anderen Schulen

haben steigenden Bedarf beim digitalen Lernen“, erklärt LINKEN-Fraktionsvorsitzender Karsten Plotzki. Die SPD-Bezirksratsfraktion übernahm diese Forderung leicht geändert in einem eigenen Antrag, der schließlich mit Mehrheit beschlossen wurde.

Auf zwei weitere Forderungen wollte sich das Ampelbündnis nicht einlassen. Nach Vorstellung von PIRATEN und LINKEN sollen auch Leistungen beim digitalen Lernen wie die Nutzung von Schulserverkonten für die Lernenden bzw. ihre Eltern kostenlos sein. Zudem fordern beide gemeinsam, dass städtische Schulen als öffentliche Einrichtungen kostenlose WLAN-Anschlüsse mit ausreichender Bandbreite vorhalten, auch für Gäste. Beide Forderungen wurden von der Bezirksratsmehrheit abgelehnt.

Ricklingen: Bezirksratsmitglieder Andreas Fauteck und Sven Steuer wollen gemeinsam mehr erreichen



Das Team: Andreas Fauteck (links) und Sven Steuer

Zu einer Bezirksratsgruppe LINKE & PIRATEN haben sich die Einzelvertreter Andreas Fauteck (PIRATEN) und Sven Steuer (LINKE) zusammengeschlossen. „In der bisherigen Arbeit seit der letzten Kommunalwahl 2016 stellten wir fest, dass

sich unsere Anliegen in vielen Punkten ähneln“, sagt Sven Steuer. Als Vertreter der Linkspartei engagiert er sich bereits seit 2006 im Stadtbezirksrat.

„Als Bezirksratsmitglied bin ich mit dem Auftrag gewählt worden, das Beste für die Menschen in Ricklingen zu erreichen“, erklärt Andreas Fauteck, der im Jahr 2016 in die Piratenpartei eingetreten ist. „Angesichts des zunehmenden Rechtspopulismus wollte ich mich aktiv für unsere Demokratie einsetzen und habe mich für die PIRATEN als basisdemokratische und beteiligungsorientierte Partei entschieden“, so Fauteck.

Im Stadtbezirksrat hat eine Gruppe den gleichen Status wie eine Fraktion. So werden ihre Anträge und Anfragen ent-

sprechend dem Einreichungsdatum in die Tagesordnung der Sitzungen des Stadtbezirksrates eingereiht. Demgegenüber kommen Initiativen von Einzelvertretern gemäß Geschäftsordnung immer ans Ende. „Als Gruppe können wir uns inhaltlich zielgerichtet austauschen, bei gleichem Aufwand mehr erreichen und so insgesamt effektiver arbeiten“, freut sich Andreas Fauteck, der den Vorsitz der Bezirksratsgruppe übernommen hat.

Seit der Gruppenbildung haben sich Fauteck und Steuer im Stadtbezirksrat u.a. mit Themen aus dem Umweltbereich eingebracht. Neben Fragen zur Stickoxidbelastung oder zum Einsatz von Umweltgiften wie Glyphosat haben sie beispielsweise auch einen interfraktionellen Antrag initiiert: Zusammen mit SPD, Grünen und FDP fordern sie von der Verwaltung, über die Strategie zur Digitalisierung im Stadtbezirk Ricklingen zu informieren.

Leinhausen: Einwohnerinnen und Einwohner klagen über drastische Mieterhöhungen bis zu 80 Prozent



„In den betroffenen Häusern zwischen Elbestraße und Fuhsestraße gibt es erhebliche Unruhen und Mieterhöhungen von 40 bis 80 Prozent“

Bernd Janischowsky,
Vorsitzender
der Linksfraktion
im Stadtbezirksrat
Herrenhausen-Stöcken

Der Wohnungskonzern Vonovia sorgt seit geraumer Zeit für Schlagzeilen. Mieter und Mieterinnen aus Leinhausen etwa klagen über Preiserhöhungen von bis zu 238 Euro monatlich für eine 67 Quadratmeter große Wohnung infolge von Umbauten. Dabei geht es nicht nur um notwendige Sanierungen. Das Unternehmen investiert auch in größere Balkone oder dreifach verglaste Fenster, die als Modernisierung gelten und von den Mieterinnen und Mietern oft nicht gewollt sind.

Sie brauchen keinen größeren Balkon, und ihnen reichen doppelt verglaste Fenster. Das Geschäftsmodell sei, Wohnungen umfassend zu modernisieren und danach mit stark erhöhten Mieten noch mehr Gewinne zu machen, erläutert der Mieterbund. In Konflikten mit Vonovia gehe es um die Frage, ob eine Baumaßnahme eine Modernisierung ist, deren Kosten auf die Bewohner abgewälzt werden können. Oder ob es sich um eine Sanierung im Sinne einer Instandsetzung oder Instandhaltung handele, für die Eigentümer aufkommen müssen. Von den Mieterhöhungen besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen, die so aus ihrer Wohnung verdrängt werden. Die soziale Struktur in den Wohnvierteln verändert sich.

Vonovia soll im Bezirksrat Rede und Antwort stehen

Bernd Janischowsky (LINKE) nahm diesen Umstand zum Anlass für einen Antrag im Stadtbezirksrat Herrenhausen-Stöcken. Darin wird gefordert, einen Vertreter des Wohnungsunternehmens in den Bezirksrat einzuladen, der dort Rede und Antwort stehen soll. „In den betroffenen Häusern zwischen Elbestraße und Fuhsestraße gibt es erhebliche Unruhen und Mieterhöhungen von 40 bis 80 Prozent“, berichtete Janischowsky im Stadtbezirksrat. Er will mit der Anhörung zusätzliche Öffentlichkeit beim Thema herstellen, Betroffene zu Wort

VONOVIA

Zuhause geben, Zuhause nehmen?

kommen lassen und dem Vonoviateilnehmer auf „den Zahn fühlen“. Bei drei Enthaltungen ging sein Antrag durch.

Ein Unternehmensvertreter habe mittlerweile zugesagt zu kommen, informiert Janischowsky. Welche Häuserblocks genau betroffen sind und in Zukunft sein werden, welche Umbauten detailliert vorgenommen wurden mit der Unterscheidung zwischen Modernisierung und Instandhaltung oder eine Schätzung der zu erwartenden Mieterhöhungen – solche Fragen brennen den Einwohnerinnen und Einwohnern auf den Nägeln und sollen zur Sprache kommen. Janischowsky fordert zudem eine verbindliche Erklärung, ob eine spätere Umwandlung in Eigentumswohnungen geplant ist. „Viele Maßnahmen der Wohnungsunternehmen sind leider durch die herrschende Rechtslage gedeckt“, bedauert er. „Da fragt man sich manchmal schon, für wen die Gesetze eigentlich gemacht worden sind.“ Bezirksratsherr Janischowsky ist als Mieter in Leinhausen demnächst selbst von einer Modernisierung des Wohnungsunternehmens betroffen.

Bemerode: Kommen Kita oder Pflegeeinrichtung ins Wohngebiet?



„Wohnortnahe gesellschaftliche Einrichtungen verbessern den Service für die Einwohnerinnen und Einwohner, bringen die Menschen miteinander in Kontakt und beugen vor allem bei Älteren einer Vereinsamung vor.“

Maximilian Wahl (LINKE),
Bezirksratsherr Kirchrode-
Bemerode-Wülferode

In Bemerode wohnen immer mehr ältere Menschen und junge Familien. Um dem Rechnung zu tragen, hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, in zwei Wohngebieten soziale und kulturelle sowie gesundheitliche und sportliche Einrichtungen zuzulassen. Bisher sind solche Einrichtungen in Wohngebieten tabu. Infrage kommen etwa eine Kindertagesstätte, eine Pflegeeinrichtung, eine Sportanlage oder auch ein Freizeitangebot für Jugendliche. Die auserkorenen Wohngebiete erstrecken sich von den Siekwiesen in südliche Richtung bis zum Steinkampweg. Nur Maximilian Wahl (LINKE) stimmte im Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode

für die Pläne der Verwaltung. Alle anderen Bezirksratsmitglieder waren dagegen. Der Bedarf dafür bestehe nicht, ließen sie verlauten. Der Rat kassierte das Votum des Stadtbezirksrats und stimmte dafür. „Das ist eine gute Entscheidung des Rates“, kommentiert Wahl. „Wohnortnahe gesellschaftliche Einrichtungen verbessern den Service für die Einwohnerinnen und Einwohner, bringen die Menschen miteinander in Kontakt und beugen vor allem bei Älteren einer Vereinsamung vor.“ Ob die Pläne in Zukunft tatsächlich umgesetzt werden, sei bisher unklar, berichtet er und kündigt an, am Thema dranzubleiben.

Hannover-Nord: Fares Rahabi neuer Bezirksratsherr



Fares Rahabi setzt sich für eine sozial gerechte Politik im Stadtbezirksrat ein.

Die zweiköpfige Linksfraktion im Stadtbezirksrat Nord hat ein neues Gesicht bekommen: Fares Rahabi hat Ralf Seinsch als Bezirksratsherr abgelöst, der sein Mandat aus persönlichen Gründen niedergelegt. Rahabi gehörte dem Gremium schon von 2007 bis 2011 an. Der 42-Jährige zog Ende der 1990er Jahre zum Studium nach Hannover und wohnt seitdem in der Nordstadt. Er arbeitet als Angestellter der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN. „Ich werde wie

früher die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger vertreten, denen eine sozial gerechte Politik wichtig ist“, sagt der Deutsch-Syrer. „Dabei geht es mir vor allem darum, den sozialen und kulturellen Zusammenhalt in unserem bunten und vielfältigen Stadtbezirk zu erhalten und auszubauen“, umschreibt er das Ziel seiner politischen Arbeit zusammen mit seiner Fraktionskollegin Monika Windhorn.

Südstadt-Bult: „Es geht mir um einen lebenswerten Stadtteil für alle!“ Bezirksratsherr Peter Weinem zieht eine Zwischenbilanz seiner bisherigen Tätigkeit



Peter Weinem

Fast zwei Jahre sind seit der letzten Kommunalwahl vergangen. In die 13 Stadtbezirksräte zogen viele Kandidaten erstmals ein. Peter Weinem (55) von der Piratenpartei ist einer von ihnen. Seit dem 16. November 2016 engagiert sich der planende Ingenieur im Stadtbezirksrat Südstadt-Bult.

RATSKOMPASS: Was hat Sie 2016 zur Kandidatur bewogen?

Peter Weinem: Unsere Demokratie braucht aktive Bürger. Seit längerem bin ich im Elternrat der Tellkampfschule aktiv. Dadurch habe ich eine stärkere Verbundenheit mit Menschen in der hannoverschen Südstadt bekommen und auch mehr Einblick in die Probleme unseres Stadtteils. Ein Elternvertreter, der zugleich parteipolitisch aktiv ist, hat mich animiert, vor Ort in die Bezirksratspolitik einzusteigen. Ich bin dann 2016 in die Piratenpartei eingetreten, habe kandidiert ...

RATSKOMPASS: ... und sind gewählt worden. Kommunalpolitik ist reines Ehrenamt,

nimmt viel Zeit in Anspruch. Bereuen Sie Ihren Schritt schon?

Peter Weinem: Nein, überhaupt nicht. Ich bin von vornherein in dem Bewusstsein angetreten, dass Bezirksräte nur bescheidene Möglichkeiten der Einflussnahme auf die „große“ Politik der Landeshauptstadt haben. Deswegen konzentriere ich mich auf Themen, die das direkte Lebensumfeld der Menschen bei uns betreffen. In diesem Kontext habe ich schon mehrfach mit kritischen Anfragen nachgebohrt, etwa zum Sanierungsstand der Schulen im Stadtbezirk, zum Zustand unserer Verkehrswege oder zur Luftschadstoffkonzentration im Bereich der Marienstraße.

RATSKOMPASS: Fragen kostet nichts, bringt das denn was?

Peter Weinem: Als Bezirksratspolitiker habe ich eine Kontrollfunktion. Die Verwaltung muss ehrlich auf meine Anfragen antworten und so bringe ich Themen in die Öffentlichkeit, die sonst vielleicht unter den Teppich gekehrt würden. Diese Transparenz ist gelebte Demokratie und aus meiner Sicht eine wichtige Grundlage für das Funktionieren unseres Gemeinwesens

RATSKOMPASS: Nur mit Fragen und Antworten sind Missstände kaum zu beheben ...

Peter Weinem: Das stimmt, aber je mehr Fakten ich als Bezirksratsmitglied bekomme, desto besser kann ich mit

passgenauen Anträgen auf Änderungen hinwirken. So habe ich beispielsweise die Aufstellung weiterer Fahrradbügel im Stadtbezirk erfolgreich angestoßen oder im Bereich der Schlägerstraße den Radfahrerschutz verbessert durch den Vorschlag zur Verbreiterung der Einfädelspur an der Schlägerstraße.

RATSKOMPASS: Die Arbeit im Bezirksrat ist also für Sie als PIRATEN-Einzelvertreter eine Erfolgsstory?

Peter Weinem: Na ja, ich habe bis jetzt je 12 Anfragen und 12 Anträge gestellt. Von meinen 12 Anträgen wurden im Bezirksrat 8 Anträge mehrheitlich angenommen und in 4 Fällen folgte auch die Verwaltung diesen Beschlüssen, zwei Verwaltungsentscheidungen stehen noch aus.

RATSKOMPASS: Die Erfolgsquote liegt also je nach Rechenmodell zwischen 33 und 50 Prozent. Sind Sie damit zufrieden?

Peter Weinem: Natürlich ist jeder Erfolg erfreulich. Aber es geht mir weniger um meine persönliche Zufriedenheit, sondern darum, dass wir ein lebenswerter Stadtteil bleiben mit Freiflächen und Aufenthaltsorten für Jung und Alt, mit möglichst sauberer Luft. Wir brauchen gute Entwicklungsmöglichkeiten für alle, vom Baby bis zum Schüler, vom Flüchtling bis zum Alleingesessenen. Ich freue mich darauf, daran bis zum Ablauf der Wahlperiode weiter mitwirken zu dürfen.

„Kunstrasenprogramm schneller umsetzen“ Frank Willig, Vorstandsvorsitzender bei Arminia Hannover, zur Sportpolitik in der Landeshauptstadt



Frank Willig

und die Zuwachsraten bei den Einwohnerinnen und Einwohnern im Stadtteil eine Rolle. Auch die baulichen Voraussetzungen auf den Sportplätzen sind wichtig. Den Kunstrasenplatz nutzt der Verein vor allem in der dunklen Jahreszeit. Dafür braucht es eine Flutlichtanlage. Wenn die da schon steht, ist so ein Standort günstiger. Wie stark die Sportanlagen eines Vereins ausgelastet sind, spielt ebenfalls eine Rolle. Die Stadt hat einen Kriterienkatalog aufgestellt, wofür LINKE & PIRATEN weitergehende Vorschläge ins Spiel gebracht haben. Wir haben ein Punktesystem angeregt, mit dem man die Kriterien gewichten könnte. Auch wenn unsere Vorschläge nicht eins zu eins übernommen wurden, denke ich, dass das Kunstrasenprogramm insgesamt auf einem guten Weg ist.

RATSKOMPASS: Die Stadt will aber nur ein bis zwei Kunstrasenplätze pro Jahr bauen.

Frank Willig: Die Kunstrasenplätze entstehen dann in einem relativ langen Zeitraum. Bis alles abgeseget und die Planungsphasen abgeschlossen sind, werden sicher noch einige Jahre ins Land gehen. Es kann sich dann unter Umständen sehr lange hinziehen, bis sich spürbar die Landschaft auf den Sportplätzen verändert. Ich hoffe, dass man das Kunstrasenprogramm etwas schneller umsetzen kann.

RATSKOMPASS: Der Kunstrasen ist ein Thema. Wo drückt den Sportvereinen noch der Schuh?

Frank Willig: Die Hallensituation ist vor allem im Winter sehr angespannt. Für unsere auf Hallen angewiesene Sparten ist es oft schwierig, geeignete Zeiten zu finden. Wenn zum Beispiel ein Tischtennispunktspiel erst für den Abend angesetzt ist, kann man die Sporthalle trotzdem nur bis 22 Uhr nutzen. Unsere

Zur Person:

Frank Willig ist seit neun Jahren Vorstandsvorsitzender bei Arminia Hannover. Der gebürtige Hannoveraner hat nach dem Maschinenbaustudium zunächst als Diplom-Ingenieur in der Windenergiebranche gearbeitet, bevor er sich als Sportjournalist auf eigene Füße stellte. Er ist unter anderem Mitherausgeber des Fußballmagazins Zeitspiel. Für Arminia erstellt der 47-Jährige das Stadionheft Bischofshol, das jeweils zu den Heimspielen des Fußballclubs erscheint. Seit Dezember 2017 gehört Frank Willig dem Sportausschuss des Rates als beratendes Mitglied an – auf Vorschlag der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN, die Sebastian Knust, den Leiter des Zentrums für Hochschulsport (ZfH) der Leibniz Universität Hannover, als Willigs Stellvertreter benannt hat.

Handballer berichten über ähnliche Engpässe. Die Vereine brauchen mehr Sporthallen.

RATSKOMPASS: Wie könnte die Stadt die Vereine zusätzlich unterstützen?

Frank Willig: Die Stadt könnte auf eigene Fördermöglichkeiten und die Fördermöglichkeiten von Stadt- und Landessportbund kompakter und auch gezielter aufmerksam machen. Für die zeitlich oft ohnehin stark eingespannten ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen ist es relativ schwierig, da durchzublicken. Wann sind welche Fristen? Wofür kriegst du was gefördert? Wie hoch ist die Eigenbeteiligung? Da gehen den Vereinen Gelder durch die Lappen. Sportplatzbesichtigungen und andere offizielle Termine mit der Stadt sind meist vor- oder nachmittags. Hier wäre es für die Ehrenamtlichen eine Hilfe, solche Termine gegebenenfalls auf die Abendzeit oder auch einen Samstag legen zu können.

RATSKOMPASS: Sie sind seit Dezember 2017 beratendes Mitglied im Sportausschuss des Rates. Wie sind Ihre Eindrücke?

Frank Willig: Es wird versucht, etwas zu bewegen. Das Kunstrasenprogramm ist ein Beispiel, zu dem jede Partei gute Ideen beigetragen hat.

RATSKOMPASS: Ist bei diesem Programm alles rund? Das Ampelbündnis will in jedem der 13 Stadtteile einen Kunstrasenplatz haben.

Frank Willig: Ob das sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln. Man muss auch gucken, wo der Bedarf dafür am größten ist. Hier spielen die soziale Struktur der Bevölkerung